



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl** und Fraktion (SPD)

Bedarfsanalyse zu Studienplätzen in der Sozialen Arbeit in Bayern ernst nehmen – Studienplätze ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den bayerischen Hochschulen ein Konzept auszuarbeiten, wie Studienplätze in der Sozialen Arbeit in Bayern deutlich ausgebaut werden können. Dabei gilt es, sich an den Berechnungen der vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales geförderten Bedarfsanalyse zu orientieren, nach denen bis zu 1 294 Studienplätze in der Sozialen Arbeit in Bayern in den nächsten zehn Jahren zusätzlich geschaffen werden müssen, um die aktuelle Fachkräftelücke zu schließen und den zukünftig weiter steigenden Fachkräftebedarf zu decken. Gerade in einem Bereich, der stark vom Fachkräftemangel betroffen ist, darf es nicht sein, dass Ausbildungskapazitäten nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Ausschuss für Familie, Arbeit und Soziales nach Fertigstellung des Konzepts unmittelbar zu berichten.

Begründung:

Im April 2024 hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im Auftrag des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales eine Bedarfsanalyse zu Studienplätzen in der Sozialen Arbeit in Bayern veröffentlicht. Hintergrund der Studie ist, dass in Bayern zum 30.06.2023 ungefähr 10 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Fachkraftstellen unbesetzt waren – und dass diese Lücke allen Prognosen zufolge noch deutlich ansteigen wird. Schon heute zeigt sich, dass der Bereich der Sozialen Arbeit unter dem Fachkräftemangel auch qualitativ leidet, denn notgedrungen werden offene Stellen – sofern überhaupt möglich – mit fachfremdem Personal besetzt.

Die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften ist somit dringend notwendig, um bestehende Rechtsansprüche erfüllen und diesen auch qualitativ gerecht werden zu können.

Die Bedarfsanalyse des DJI hat drei Szenarien durchgerechnet, denen jeweils unterschiedliche Grundannahmen bzw. Zielsetzungen hinsichtlich der Fachkräftesituation zugrunde liegen und die somit unterschiedlich hohe Bedarfe aufzeigen.

- Modell 1 zielt auf die Schließung der aktuellen Fachkräftelücke bei Berücksichtigung der Daten zum Studierendenschwund und zur Quote der Berufsfeldeinmündung von Absolventinnen und Absolventen der Sozialen Arbeit. Nach diesem Modell entsteht bis zum Jahr 2032 ein zusätzlicher Bedarf von 268 Studienplätzen.

- Modell 2-1 berücksichtigt die geschätzten Verrentungen für das kommende Jahrzehnt und die Fortschreibung eines moderaten Wachstums des Bedarfs an Fachkräften im Bereich der Sozialen Arbeit, wie es von 2022 auf 2023 der Fall war, für den entsprechenden Zeitraum bis 2032. Nach diesem Modell entsteht bis zum Jahr 2032 ein zusätzlicher Bedarf von 541 Studienplätzen.
- Modell 2-2 berücksichtigt ein höheres jährliches Beschäftigungswachstum im Vergleich zu Modell 2-1 – entsprechend dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis einschließlich 2022. Nach diesem Modell wären bis zum Jahr 2032 zusätzlich 1 294 Studienplätze erforderlich.

Alle drei Szenarien verdeutlichen, dass der Fachkräftemangel in den sozialen Berufen nur durch einen deutlichen Aufbau der Studienplätze zu schließen sein wird. Dies bedeutet natürlich nicht, dass nicht auch weitere Aspekte wie beispielsweise eine Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen dringend angegangen werden müssen, um auch die Verbleibquote im Berufsfeld zu erhöhen.

Grundsätzlich ist die Nachfrage nach Studienplätzen der Sozialen Arbeit konstant hoch und dies, so die Autorinnen und Autoren der Studie, wird auch zukünftig so bleiben. Denn noch immer hat das Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit eine hohe Attraktivität und auch der Anteil an Studierenden, die über den Weg der beruflichen Qualifikation an die Hochschulen kommen, ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Zugleich zeigen Studien, dass auch in Bayern der Ausbau der Hochschulkapazitäten in den letzten Jahren überwiegend auf einen rasanten Ausbau privater Hochschulen und neuer Studienformen (berufsbegleitend, dual, auf spezifische Handlungsfelder beschränkt) zurückzuführen ist. Dies ist aus verschiedenen Gründen (bspw. der Wissensvermittlung) bei einem reglementierten Beruf mit staatlicher Anerkennung problematisch. Entsprechend mahnen auch die Autorinnen und Autoren der Studie, das Feld nicht allein privaten Hochschulen zu überlassen. Vielmehr richten sie den Appell an die Staatsregierung: Die Zahlen der Studie für die Planung des unabdingbar erforderlichen Ausbaus staatlicher Studienangebote zu nutzen.